

SOLIDARITÄT

Die **OGB**-Zeitschrift für die Arbeitswelt

IN DIESEM HEFT:

- Wolfgang Katzian neuer ÖGB-Präsident
- Österreichischer EU-Ratsvorsitz
- Gewinnspiel: Oper Tosca



NEIN zum
12-STUNDEN-TAG

Wir kämpfen für mehr:

**Freizeit,
Geld,
Gesundheit**

Seite 4–7

ÄNDERUNGEN IM ARBEITSRECHT

Entgeltfortzahlung wird ab
1. Juli 2018 neu geregelt.

Seite 11

AK/ÖGB-DIALOGKAMPAGNE

Mehr als eine Million Menschen haben
bei „Wie soll Arbeit?“ mitgemacht.

Seite 12

URLAUBSTIPPS

Alles, was Sie wissen und
beachten sollten.

Seite 17

VOR 70 JAHREN IN DER SOLI



Drei Jahre nach Kriegsende tagte von 18. bis 23. Mai 1948 im Wr. Konzerthaus der 1. ÖGB-Bundeskongress – auch als „Parlament der Arbeiter“ von Bundeskanzler Leopold Figl in seiner Eröffnungsrede genannt. Feierlichkeiten, hitzige Debatten und letztlich große Zustimmung zum Programm sowie zur Organisation des ÖGB kennzeichneten diesen Kongress.

Impressum

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellerin:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chefredaktion:** Alexa Jirez. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Hölriegel. **Chefin vom Dienst:** Amela Muratovic. **AutorInnen:** Florian Kräftner, Franz Fischill, Barbara Kasper, Dietmar Meister, Friederike Scherr, Carmen Braun (OÖ), Stefan Fröhlich (OÖ), Christoph Schulz (Salzburg), Helena Sachers (Tirol), Beate Horvath (Burgenland), Martina Steiner-Riolo (Kärnten), Sabine Rudigier (Vorarlberg), Philip Vondrak (Vorarlberg), Marcus Arige (NÖ), Martin Fill (Steiermark). **Artredaktion & Grafik:** Reinhard Schön. **Illustrationen:** Isabelle Carhoun. **Titelbild:** Michael Mazohl. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler. **Lektorat:** Karin Flunger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli. **Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:** www.soli.at/offenlegung. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. ZVR-Nr.: 576439352 DVR-Nr. 0046655

Adressänderungen

Tel.: 01/534 44-39100
oder unter service@oegb.at

i-move.at

JVR-Unterstützung



DIE REGIERUNG WILL die Jugendvertrauensräte (JVR) abschaffen und dafür das Wahlalter zum Betriebsrat von 18 auf 16 Jahre senken. Das kann allerdings kein Ersatz sein, meint die Gewerkschaftsjugend. Der JVR wird alle zwei Jahre, der Betriebsrat nur alle fünf Jahre gewählt. Eine Lehrausbildung dauert drei oder vier Jahre. Viele Jugendliche hätten dann gar nicht die Möglichkeit, an einer Wahl teilzunehmen. Der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner preschte nun vor und forderte die Erhaltung der JVR. Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser und der neue Wiener Bürgermeister Michael Ludwig schlossen sich Wallner an. Unter www.jvrbleibt.at kann man für den Erhalt des Jugendvertrauensrats unterschreiben.

Kürzung der Ausbildungsbeihilfe



DIE AUSBILDUNGSBEIHLIFE für über 18-Jährige in der Überbetrieblichen Ausbildung (ÜBA) soll ab September von bisher 753 Euro auf 325,80 Euro gekürzt werden. Die Bundesregierung argumentiert damit, dass es besser sei, die Vermittlung von Lehrlingen in Betrieben zu forcieren. Tatsache ist aber, dass in den letzten zehn Jahren rund 10.000 Ausbildungsbetriebe verloren gegangen sind. Gab es 2006 noch 37.783 Betriebe, die Lehrlinge ausgebildet haben, so sind es 2016 nur mehr 28.204. Die ÖGJ hat das Modell der Fachkräftemilliarde entwickelt: Firmen, die nicht ausbilden, sollen in einen Ausbildungsfonds einzahlen. Daraus sollen Betriebe, die qualitativ hochwertig ausbilden, Förderungen erhalten.

GUT GEBRÜLLT /// UNS ZUGEMÜLLT

»Einen Finger können sie uns brechen, die ganze Faust aber nicht.«



Susanne Hofer, geschäftsführende Vorsitzende der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ)



Mit diesem Zitat hat Susanne Hofer bei der Vorständeokonferenz des ÖGB am 23. Mai 2018 im Austria Center Vienna zur Solidarität im Kampf gegen die Angriffe der Regierung auf die Interessen der ArbeitnehmerInnen aufgerufen. Mit ihrer kämpferischen Rede, beispielsweise gegen die geplante Abschaffung des Jugendvertrauensrates, erntete sie auch in den sozialen Medien viel Zustimmung. Hofer ist die erste Frau an der Spitze der Gewerkschaftsjugend. Die 23-jährige Grazerin folgt auf Sascha Ernzt, der den ÖGJ-Vorsitz nach fünf Jahren abgibt. Sie kommt aus der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp), deren Jugendvorsitzende sie ist. Hofer ist Assistentin für Kinder mit Behinderung bei der Lebenshilfe in Graz und studiert Pädagogik, Deutsch und Geschichte auf Lehramt.

ERFOLGREICHE INTEGRATION

Sayd-Magomed Gayrbekov freut sich: Der 23-jährige Asylberechtigte hat seit Kurzem seinen Lehrabschluss als Zahn-techniker und arbeitet seit Jahresbeginn bei einer Zahnärztin in Graz. Damit ist der gebürtige Tschetschene der erste Absolvent, den die Implacement-Zielgruppenstiftung JUST Integration zum Lehrabschluss begleitet hat. JUST steht für JugendStiftung für 18- bis 30-Jährige und geht aus einer Initiative von WKÖ und ÖGB hervor. Das spezielle Implacement-Angebot besteht seit 2016 mit dem Ziel, Asyl- bzw. subsidiär Schutzberechtigten und anderen (auch österreichischen) Personen in verschiedenen



© Team4/Feldgischer

Problemlagen eine Lehrausbildung zu ermöglichen. Diese wird in verkürzter Lehrzeit und enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Betrieb absolviert. Seit Gründung der Stiftung sind bereits 182 Personen eingetreten. www.aufleb.at

AUVA: UNFALLRATE AUF REKORDTIEF



Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) verfolgt seit 130 Jahren das Ziel, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten zu vermeiden. Mit Erfolg: Seit den 1990er-Jahren ist es gelungen,

die Zahl der Arbeitsunfälle fast zu halbieren. Im Jahr 2017 ist die Unfallrate in Österreich mit 24,27 Prozent sogar so niedrig wie nie zuvor. Auch die Zahl der Krankenstandstage nach einem Arbeitsunfall ist 2017 gesunken – um 10.254 Tage. Die häufigste Unfallursache ist der „Kontrollverlust“ über eine Maschine, ein Handwerkszeug oder ein Fahrzeug. Im Vergleich aller Branchen sind Beschäftigte in der Baubranche nach wie vor die meistgefährdete Berufsgruppe. www.auva.at

LEIHARBEITERINNEN UNZUFRIEDEN

Rund 85.000 Menschen sind in Österreich in der Arbeitskräfteüberlassung beschäftigt. Sie blicken wenig optimistisch in die Zukunft ihres Betriebes, bewerten ihre Rechte negativ und sind mit ihrer Arbeit und ihrem Leben unzufrieden. Häufig sehen sich LeiharbeiterInnen als Beschäftigte zweiter Klasse. Das geht aus dem aktuellen Arbeitsklima Index der Arbeiterkammer (AK) Oberösterreich hervor. Johann Kalliauer, Präsident der AK Oberösterreich, fordert: „Der Anteil der Leiharbeitskräfte pro Betrieb darf zehn Prozent nicht übersteigen.

Und Leiharbeitskräfte sollten nach spätestens zwölf Monaten das Recht haben, in die Stammbeslegschaft übernommen zu werden.“ <https://bit.ly/2jW4Lex>



© 123rf.com

WOLFGANG KATZIAN, ÖGB-Präsident, zur geplanten Arbeitszeitflexibilisierung

ROTE LINIEN SIND ÜBERSCHRITTEN!



Mit dem Motto „Veränderung“ hat die Bundesregierung einen neuen Weg eingeschlagen. Einen Weg gegen ArbeitnehmerInnenrechte und für die Interessen der Industrie und Wirtschaft. Diesen setzt sie auch konsequent fort. Aktuelles Beispiel sind die Pläne zum 12-Stunden-Tag. In Zukunft kann jeder Arbeitgeber anordnen, zwölf Stunden zu arbeiten – wenn notwendig auch fünfmal in der Woche. Die Mitbestimmung des Betriebsrates ist nicht mehr notwendig. Auch wenn behauptet wird, Überstunden begründet ablehnen zu können, weiß jeder Mensch, der jemals in der Privatwirtschaft gearbeitet hat, dass der Arbeitgeber am längeren Ast sitzt.

»Wir werden nicht tatenlos dabei zusehen, wie über die Interessen der ArbeitnehmerInnen drübergefahren wird.«

Mit der Vorgangsweise, mittels Initiativantrag die neue Regelung durchzusetzen, wird nicht nur die Sozialpartnerschaft, um die uns viele Länder weltweit beneiden, gefährdet, sondern hat auch ein Raubzug gegen die Gesundheit, die Geldbörsen und die Freizeit der ArbeitnehmerInnen begonnen. Und wer glaubt, dass die Gewerkschaft das einfach so zur Kenntnis nimmt, der ist auf dem Holzweg. Wir sind eine selbstbewusste und starke Gewerkschaftsbewegung. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und ein gutes Leben für die ArbeitnehmerInnen ein. Wir werden nicht tatenlos dabei zusehen, wie über die Interessen der ArbeitnehmerInnen herzlos „drübergefahren“ wird. Wir werden Maßnahmen setzen, und zwar dann, wenn es nicht erwartet wird, und dort, wo es besonders effektiv ist.



„Wir fürchten uns vor niemandem!“

Wolfgang Katzian wurde im Juni beim 19. ÖGB-Bundeskongress zum ÖGB-Präsidenten gewählt. „Wir sind eine selbstbewusste Gewerkschaftsbewegung, und wir werden all unsere Kräfte bündeln, um die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass für ArbeitnehmerInnen ein gutes Leben möglich ist. Wir sind nicht per se der Stachel im Fleisch der Regierung und der Wirtschaftskammer“, stellte der ehemalige Vorsitzende der GPA-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier) in seiner Antrittsrede klar.



„Gäbe es keine Gewerkschaften, müsste man sie erfinden“, sagte Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seiner Eröffnungsrede.



Kämpferisch gab sich die neue AK-Präsidentin Renate Anderl: „Wir sind keine Schönwetter-PolitikerInnen. Wir fürchten weder Donner, Blitz noch Hagel.“



Gelobt wurde die Arbeit des ÖGB während der Finanzkrise von DGB-Chef Reiner Hoffmann: „Ihr habt die richtigen Antworten für Beschäftigung und soziale Sicherheit gegeben.“

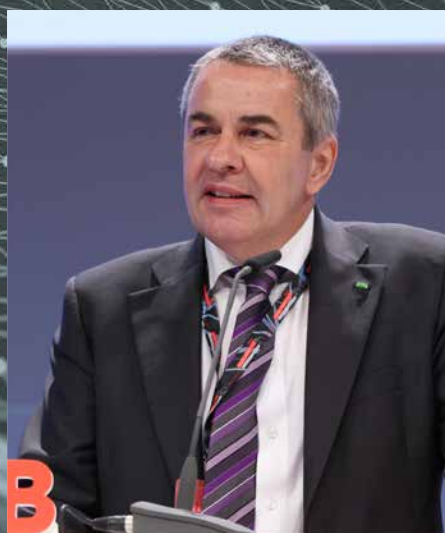
Der ÖGB hat einen neuen Präsidenten: Mit deutlichen 91,6 Prozent wurde Wolfgang Katzian an die Spitze des ÖGB gewählt. „Wir sind die Organisation, die sich für ein gutes Leben der ArbeitnehmerInnen einsetzt. Es geht um faire Einkommen und um Gleichstellung. Wir wollen Frauen in Führungspositionen – wer die Besten will, kann auf sie nicht verzichten. Es geht um Arbeit, die nicht krank macht, um den Erhalt des Gesundheitssystems, um Pensionen, von denen man gut leben kann, und um das Recht auf Bildung und Weiterbildung“, sagte Katzian in seiner Antrittsrede. In Richtung Regierung stellte der neue ÖGB-Präsident klar: „Wir fürchten uns vor niemandem.“ Der ÖGB sei gesprächs- und verhandlungsbereit, aber nur, „wenn auf Augenhöhe verhandelt werde. Wenn nicht, dann werden wir uns anderweitig Gehör verschaffen.“ Ein altes Gewerkschaftszitat anwendend sagte Katzian: „Wir reichen ihnen schon die Hand, aber wenn sie sie nicht annehmen, kann sie schnell zur Faust werden.“

Ausbauen statt abbauen

Auch die übrigen KandidatInnen erhielten hohe Zustimmung. Damit setzte der ÖGB ein starkes Signal der Geschlossenheit. In seinem Amt als Vizepräsident wurde GÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl mit 95,9 Prozent bestätigt. „Wenn wir sozialen Frieden erhalten wollen, müssen wir den sozialpartnerschaftlichen Dialog intensivieren. Ausbauen, nicht abbauen ist die Devise“, betonte Schnedl. Eine Absage erteilte der ÖGB-Vizepräsident allen Bestrebungen, die die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung beschneiden wollen. Auch eine Kürzung der Arbeiterkammerumlage komme für ihn „nicht infrage“.



„Unsere Mitglieder, ihre Anliegen, ihre Sorgen und ihre Lebensrealitäten sind der Mittelpunkt unserer Arbeit“, betonte ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann.



„Alle ArbeitnehmerInnen müssen von der Digitalisierung profitieren“, stellte Norbert Schnedl, ÖGB-Vizepräsident und GÖD-Vorsitzender, klar.



Kampfbereit ist der neue ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian: „Wir reichen ihnen schon die Hand, aber wenn sie sie nicht annehmen, kann sie schnell zur Faust werden.“

Moderner, weiblicher und stärker

Neu als Vizepräsidentin ist ÖGB-Frauenvorsitzende Korinna Schumann. Sie bekam 97,5 Prozent der Delegiertenstimmen. „Starke GewerkschafterInnen schaffen faire Bedingungen. Wir sind viele und wir werden von Jahr zu Jahr mehr, moderner und weiblicher. Unser Ziel ist es, Projekte zu erarbeiten und zu präsentieren, um alle Menschen an Bord zu holen, denen faire Arbeitsbedingungen wichtig sind“, sagte Schumann. „Wir wollen auch besonders jene für die Gewerkschaftsbewegung gewinnen, die überzeugt sind, dass es möglich sein muss, Beruf und Privatleben gut vereinbaren zu können.“

VIDEOS, WORTMELDUNGEN UND EINDRÜCKE VOM 19. ÖGB-BUNDESKONGRESS

Im Zuge des 19. ÖGB-Bundeskongresses sind viele Social-Media-Inhalte entstanden. Alle Wortmeldungen sowie Videos zum Kongress finden Sie unter: www.youtube.com/OEGBOnline

Weitere Eindrücke gibt es auch unter:

Facebook: www.facebook.com/oegb.at

Instagram: www.instagram.com/soli.oegb

Flickr: www.flickr.com/photos/oegb



Was ArbeitnehmerInnen brauchen: gute Arbeit, gute Einkommen

Faire Arbeit 4.0 – inhaltlich ging es beim Bundeskongress um die Bedürfnisse der Menschen in der Arbeitswelt der Zukunft: „Es ist wichtig, die Veränderungen der Arbeitswelt rechtzeitig zu erkennen und mitzugestalten“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. „Alle, die von einem Arbeitgeber wirtschaftlich abhängig sind, sollen auch von Arbeitsrecht und Kollektivverträgen geschützt sein. Der Umgehung des Arbeitsrechts und der Scheinselbstständigkeit sagen wir mit unserem Forderungsprogramm den Kampf an.“ Die Delegierten haben das ÖGB-Grundsatzprogramm für die kommenden fünf Jahre beschlossen.

petenzen müssen zu einem wesentlichen Bestandteil der Schulbildung, aber auch der Berufsaus- und -weiterbildung gemacht werden.“ Nicht zuletzt müssen wir die Finanzierung des Sozialstaats an die neue Arbeitswelt anpassen: „Durch Scheinselbstständigkeit und Umgehung des Arbeitsrechts ist aber die Finanzierung des Sozialstaats und damit einer funktionierenden Gesellschaft in Gefahr, denn die Einnahmen des Staates beruhen zu 60 Prozent auf Abgaben auf Arbeit“, warnt Achitz.

ÖGB-Grundsatzprogramm als Download: www.bundeskongress.at

Alle müssen profitieren

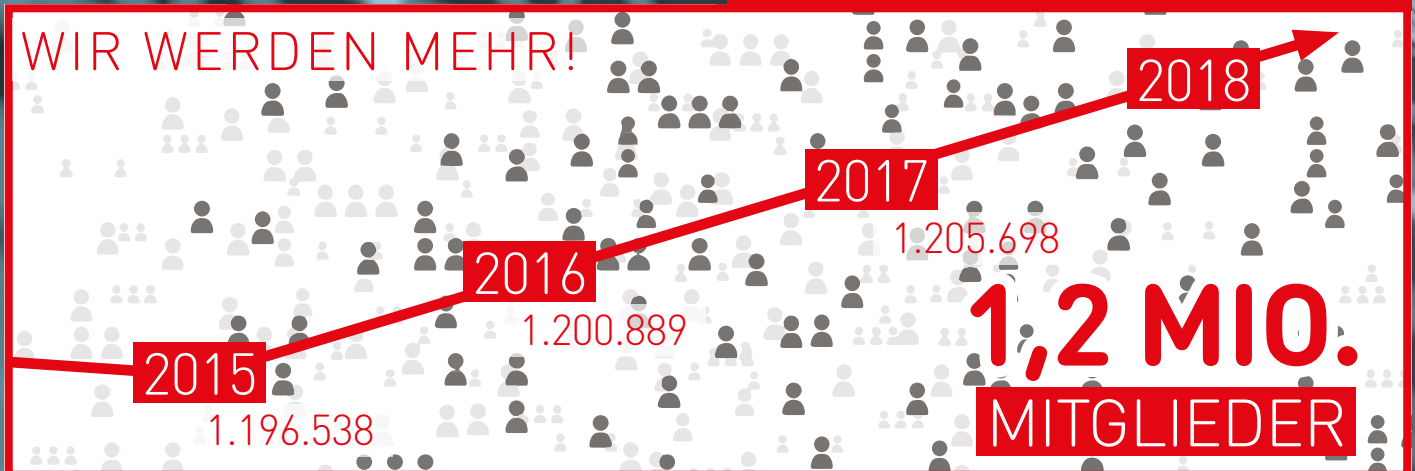
Die Definition des Arbeitsvertrags geht auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Der geltende ArbeitnehmerInnenbegriff orientiert sich am klassischen Industriebetrieb, und er kann die geänderte Arbeitswelt nicht mehr ausreichend regeln. Technologische Möglichkeiten werden bewusst verwendet, um arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Lücken auszunutzen. Für alle Bereiche gilt: „Es reicht nicht, wenn wenige Konzerne vom technologischen Fortschritt profitieren – auch die ArbeitnehmerInnen müssen etwas davon haben. Bei der Arbeitszeit heißt das: Zeitautonomie, Planbarkeit, Arbeitszeitverkürzung“, sagt Achitz.

Damit die Menschen für die neuen Anforderungen gewappnet sind, braucht es auch eine Bildungsoffensive 4.0. Achitz: „Digitale Kom-

Der ÖGB wächst

Mit Ende 2016 und 2017 konnten der ÖGB und die Gewerkschaften ein Mitgliederplus von insgesamt 9.160 verzeichnen. Vor allem bei den Frauen legen die Gewerkschaften zu: Mit 35,9 Prozent weist der ÖGB den größten Frauenanteil in seiner 70-jährigen Geschichte auf.

Gerade in Zeiten, in denen sich die Regierung zur Aufgabe gemacht hat, die ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretung zu schwächen, ist dieses Mitgliederplus ein starkes Signal. Ein Signal vor allem an all jene, die seit Jahren meinen, die Gewerkschaftsbewegung sei überholt und nicht mehr zeitgemäß.



Regierung nimmt uns Freizeit, Geld und Gesundheit

Hinter der „Arbeitszeitflexibilisierung“ stecken 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche.

**NEIN zum
12-STUNDEN-TAG**



**NEIN zur
60-STUNDEN-WOCHEN**

EXAKT AN DEM TAG, als am ÖGB-Bundeskongress die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung sowie selbstbestimmter und planbarer Arbeitszeit beschlossen wurden, legte die Bundesregierung das Gegenteil fest: einen Gesetzesentwurf, der zwar „Flexibilisierung“ verspricht, aber die ArbeitnehmerInnen sehr viel kosten wird: Freizeit, Geld und Gesundheit.

Zum Redaktionsschluss dieser „Solidarität“-Ausgabe (19. Juni) lag nur ein Entwurf vor, doch die Regierung hatte angekündigt, ihn bis zum 5. Juli im Eiltempo durchs Parlament zu peitschen.

Was der Regierungsvorschlag bringt

Die Arbeitszeit wird nicht flexibler, nur länger. 12 Stunden Arbeit können jederzeit angeordnet werden, wenn es nach der Regierung geht. „Bisher musste der Chef begründen, warum 12 Stunden notwendig sind, jetzt muss der/die ArbeitnehmerIn begründen, warum das nicht geht“, warnt Bernhard Achitz, Leitender

Sekretär des ÖGB. Private Interessen (Familie, Freunde, Vereine, Erholung ...) werden da nicht reichen. Auch Arbeit am Wochenende kann leichter angeordnet werden.

- Die Regierung greift ins Geldbörstel der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer. Achitz: „Viele ArbeitnehmerInnen werden deutlich weniger Überstundenzuschläge bekommen.“ Bei erhöhtem Arbeitsbedarf sind derzeit bis zu 60 Wochenstunden möglich – aber nur mit Betriebsvereinbarung. Betriebsräte setzen in diesen Vereinbarungen oft höhere Zuschläge oder längere Freizeitblöcke durch. Künftig gibt es auch für die 11. und 12. Stunde nur die gesetzlichen 50 Prozent Überstundenzuschlag. Die Mitwirkungsrechte der Betriebsräte werden gestrichen. Weniger Zuschläge könnte es auch bei Gleitzeit geben.
- Lang arbeiten macht krank und führt zu Unfällen. Studien belegen die Auswirkungen von überlangem Ar-

beiten. Länger arbeiten macht müde, mehr Unfälle passieren – auch am Heimweg. Je länger die Wochenarbeitszeit, desto mehr Herz-Kreislauf-Beschwerden. Das Risiko für Burnout, Schlaganfall und Herzinfarkt steigt. Mehr Arbeit bedeutet weniger Freizeit für Erholung und gesundheitsfördernde Sportaktivitäten.

Aktuelle Infos: www.oegb.at und www.neinzum12stundentag.at

WIE JETZT?

+++ 16. Juni: Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), bezichtigt die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „profil“ der Lüge. Er meint, die ArbeitnehmervertreterInnen würden es beim Thema „12-Stunden-Tag“ „mit der Wahrheit nicht zu ernst nehmen“ und behaupten, dass „... Überstunden nicht bezahlt werden“.

+++ 17. Juni: In der ORF-2-Talkreihe „Im Zentrum“ bestätigt IV-Präsident Georg Kapsch den Wegfall von Gleitzeitzuschlägen: „Bei Gleitzeit ist es so. Die Zuschläge können wegfallen.“

+++ 18. Juni: Wenn Gleitzeitzuschläge tatsächlich wegfielen, „dann wollen wir das nicht und werden mit der Bundesregierung reden“, so Kapsch bei einer Pressekonferenz. (Stand Redaktionsschluss)

WENN MITBESTIMMUNG FEHLT: BEST OF „TALKRUNDE – FAIRE ARBEIT 4.0“



»Bei uns gibt es nicht einmal einen Kollektivvertrag. Wir müssen an der Basis kämpfen – etwa um Feiertagsentgelte und korrekte Krankheits-Abrechnungen.«

Robert Walasinski, Betriebsrat beim Essensliefererservice Foodora.



»Die meiste Angst haben diese Konzerne davor, dass sie die MitarbeiterInnen als Menschen, die eigene Interessen haben, anerkennen müssen.«

Dawn Gearhart von der US-Gewerkschaft Teamsters. Sie kämpft seit Jahren für die Rechte der Uber-TaxifahrerInnen.

SORGEN? KLICK UND WEG!



Demner, Mericek & Bergmann

PAUL PECH EMPFIEHLT:
Jetzt Service-App downloaden.

wienerstaedtiche.at
IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN


**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP

ÖGB Burgenland zieht positive Bilanz

3,3 Millionen Euro für ArbeitnehmerInnen eingefordert. Fast jede/r zweite burgenländische ArbeitnehmerIn ist ÖGB-Mitglied.

40 PROZENT DER BURGENLÄNDISCHEN ArbeitnehmerInnen sind Mitglied beim ÖGB. Insgesamt vertritt der ÖGB im Burgenland 40.572 Mitglieder: 67 Prozent (27.225) davon sind Männer, 33 Prozent (13.347) Frauen. Der ÖGB konnte im Jahr 2017 ein Mitgliederplus von 0,15 Prozent verbuchen. Zuwachs gab es bei der GPA-djp, der younion und der PRO-GE.

Plus bei den Frauen

„Wir konnten vor allem einen Mitgliederzuwachs bei den Frauen verzeichnen. Immer mehr Frauen sind in Beschäftigung, das schlägt sich auch in unserer Statistik nieder“, erklärt ÖGB-Landesvorsitzender Erich Mauersics. Die ÖGB-Mitgliederzahlen wachsen seit drei Jahren. Für die Mitglieder gibt es kostenlose Betreuung, Beratung und Rechtsvertretung. Der ÖGB Burgenland betreut seine Mitglieder an den Standorten Eisenstadt, Neusiedl, Oberpullendorf, Oberwart, Güssing und Jennersdorf. Beraten wird in deutscher, ungarischer, rumänischer und kroatischer Sprache.

Interventionen im öffentlichen Bereich gestiegen

Positive Bilanz zieht der ÖGB Burgenland auch bei der rechtlichen Beratung. Insgesamt haben der ÖGB und seine Gewerkschaften im Burgenland 2017 für ihre Mitglieder 3,3 Millionen Euro erstritten. Es gab einen Anstieg bei den Auskünften, hier vor allem in den Branchen Bau und Produktion. Besonders stark betroffen von arbeitsrechtlichen Verstößen



war der öffentliche Bereich bzw. der Gemeindedienst. Bei der Gewerkschaft younion, die sich um die Anliegen der Beschäftigten im Gemeindedienst und den Verbänden kümmert, haben sich die Klagen verdreifacht. „Generell kann man sagen, dass es im öffentlichen Bereich nicht mehr nur sichere und faire Arbeitsplätze gibt. Auch hier werden die Arbeitsbedingungen härter, den Beschäftigten schlägt ein rauerer Wind entgegen“, bemerkt ÖGB-Landessekretär Andreas Rotpüller. Auf Gemeinden werden immer mehr Kosten abgewälzt, auch sie setzen den Sparstift an. Oft wird aus Unwissenheit falsch eingestuft, manchmal passiert es aber auch ganz bewusst. Informationen unter www.oegb.at/burgenland

KOMMENTAR /// Erich Mauersics, Landesvorsitzender ÖGB Burgenland

GESPART WIRD BEI DEN MENSCHEN UND NICHT IM SYSTEM



Im Zuge der sogenannten Sozialversicherungsreform spart die Bundesregierung bei den Menschen und nicht beim System, denn für die burgenländischen Versicherten kann das Kürzungen bei den Leistungen, aber auch bei der Versorgung in den Bezirken bedeuten. Denn wo soll bei der BGKK eingespart werden? Der Verwaltungsaufwand der Krankenkasse im Burgenland beträgt drei Prozent. Die BGKK versorgt ihre Patien-

tInnen wohnortnahe in allen Bezirken. Sollte es wirklich zu prognostizierten Einsparungen kommen, dann ist ganz klar, wo der Sparstift als Erstes angesetzt werden wird.

Die angebliche Verschlinkung des Systems und die angekündigte Leistungsharmonisierung sind nichts anderes als billige Ablenkungsmanöver der Gesundheitsministerin. In Wahrheit geht es Schwarz-Blau nämlich um nichts anderes als den eigenen Machtausbau. Zwei Drittel der Leistungen sind in den letzten Monaten bereits vereinheitlicht worden, und das ausschließlich

mit Verbesserungen für die Versicherten. Damit wird jetzt leider Schluss sein, denn je größer der Einfluss der Arbeitgeber ist, desto eher ist mit Leistungskürzungen zu rechnen.

Und bei den „so hohen“ Kosten der Selbstverwaltung hat sich die Ministerin anscheinend auch verrechnet: Die Kosten der – von Schwarz-Blau als so teuer bezeichneten – FunktionärInnen, die Burgenlands Versicherte in der BGKK vertreten, liegen bei 0,055 Prozent der gesamten Aufwendungen.

Vorrang für soziales Europa

ÖGB-Forderungen für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft beim 19. ÖGB-Bundeskongress beschlossen.



© Ben Cawthra / Eyevine / picturedesk.com

Soziale Rechte müssen in Europa endlich Vorrang vor den Interessen der Konzerne haben.

»ArbeitnehmerInnen müssen vor dramatisch ansteigendem Lohn- und Sozialdumping geschützt werden.«

Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB

DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG hat vor Kurzem ihr Programm für die EU-Ratspräsidentschaft präsentiert. Im Wesentlichen geht es der Regierung um die Sicherung der Außengrenzen und die Bekämpfung der Migration. Auch der Kampf gegen „bürokratische Hürden“ für Unternehmen soll vorangebracht werden. „Was das soziale Europa betrifft, haben Kurz und Strache aber nichts als einen Lückentext vorgelegt“, kritisiert Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB.

„Arbeitsschutzbehörde“ rasch einrichten

Der ÖGB verlangt, dass die Regierung ihr eigenes Vorsitz-Motto ernst nimmt: „Ein Europa, das schützt“. Und dass endlich vor allem die ArbeitnehmerInnen geschützt werden, gegen das dramatisch ansteigende Lohn- und Sozialdumping und gegen einen ruinösen Steuerwettbewerb der Mitgliedstaaten. „Ganz aktuell muss sich die Bundesregierung für die rasche Einrichtung der Europäischen Arbeitsbehörde einsetzen. Diese muss eine schlagkräftige Arbeitsschutzbehörde sein, damit endlich grenzüberschreitend gegen Dumpingfirmen vorgegangen werden kann“, erläutert Achitz.

Kurswechsel jetzt!

„Die EU darf den wirtschaftlichen Freiheiten nicht länger Vorrang vor den sozialen Rechten einräumen. Dies ist der grundlegende Konstruktionsfehler der EU, die EU ist mehr als ein Binnenmarkt. Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung, dass bei der nächsten EU-Vertragsänderung ein soziales Fortschrittsmodell verankert werden muss, das dem Sozialen in der EU endlich Vorrang vor den Interessen der Konzerne einräumt.“

DER ÖGB FORDERT:

- ♦ Ein Europa, das die Digitalisierung nicht nur wirtschaftsorientiert versteht, sondern gute Arbeitsbedingungen und Einkommen sowie den Schutz vor prekärer Beschäftigung zum Kernanliegen der digitalen Agenda der EU-Kommission macht.
- ♦ Ein Europa, das auf eine starke soziale Säule als Gegengewicht zu den wirtschaftlichen Marktfreiheiten im Binnenmarkt setzt. Diese soziale Säule darf nicht heiße Luft bleiben, sondern muss durch ein sozialpolitisches Aktionsprogramm konsequent umgesetzt werden.
- ♦ Die hohen österreichischen Sozialstandards dürfen nicht unter dem Vorwand von „Überregulierung“ und „Gold Plating“ den Interessen der Wirtschaft geopfert werden.



GELD IM KRANKENSTAND

Wer im Krankenstand ist, bekommt Lohn oder Gehalt eine Zeit lang weiterbezahlt. Ab 1. Juli gelten dafür neue Regelungen – einheitlich für ArbeiterInnen und Angestellte. So sehen sie aus.

Im Oktober haben SPÖ, FPÖ und Grüne die längst überfällige Angleichung einiger wichtiger arbeitsrechtlicher Bestimmungen von ArbeiterInnen und Angestellten beschlossen. Einen „Meilenstein für die Arbeitswelt“ nannte das der damalige ÖGB-Präsident Erich Foglar. Ein Teil davon tritt am 1. Juli in Kraft: die einheitliche „Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall“. „Sie ist das Ergebnis von zwei Jahren ExpertInnen-Gesprächen. Es wurde ein Modell ausgehandelt, das für die Arbeitgeber nicht zu Mehrkosten führt“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Wer im Krankenstand ist, erhält eine Zeit lang weiter Lohn oder Gehalt. Erst nach längerer Krankheit springt dann die Krankenkasse ein – mit dem Krankengeld, das aber niedriger ist als das Arbeitseinkommen.

Folgende Regeln gelten nun – für ArbeiterInnen und Angestellte

Wer innerhalb eines Arbeitsjahres durch Krankheit erstmalig dienstver-

hindert ist, bekommt für mindestens sechs Wochen das volle Entgelt vom Arbeitgeber weiterbezahlt. Je länger man im Betrieb beschäftigt ist, desto länger bekommt man das Geld weiterbezahlt.

Diese Zeiten gelten nun pro Arbeitsjahr – die einzelnen Krankenstandszeiten in diesem Jahr werden also zusammengezählt. Eigene Regeln gelten bei Arbeitsunfällen.

Vorteile gegenüber der alten Regelung

Die Neuregelung gilt grundsätzlich ab 1. Juli, aber nur für Krankenstände, die in nach diesem Zeitpunkt begonnenen Arbeitsjahren eintreten. Was ändert sich für Angestellte? „Für Angestellte fällt nun die komplizierte Unterscheidung zwischen Erst- und Wiedererkrankung weg. Vor allem bei längeren durchgehenden Krankenständen hat das neue Modell Vorteile gegenüber der alten Regelung“, erklärt ÖGB-Arbeitsrechtsex-

perte Michael Trinko. Was sich für ArbeiterInnen und Angestellte verbessert: „Nun erhalten alle ArbeitnehmerInnen schon ab dem zweiten Dienstjahr einen Entgeltfortzahlungsanspruch von acht Wochen. Davor war dieser erst ab dem fünften Dienstjahr vorgesehen. Neu ist auch, dass bei einer einvernehmlichen Lösung der Arbeitgeber über das Ende des Arbeitsverhältnisses hinaus Lohn/Gehalt weiterzahlen muss“, sagt Trinko. Was sich für Lehrlinge verbessert: „Lehrlinge erhalten nun ebenfalls bis zu acht Wochen die volle Lehrlingsentschädigung, statt bisher nur für vier Wochen.“

ACHTUNG:

Die Regeln sind im Detail sehr kompliziert. Betroffene ArbeitnehmerInnen sollten sich daher am besten an ihre Gewerkschaft wenden und ihre Entschädigungen überprüfen lassen.

Kontaktmöglichkeiten:

www.oegb.at/gewerkschaften

Dienstjahre	Krankheit/Unglücksfall	Arbeitsunfall/Berufskrankheit
im 1. Dienstjahr	6 Wochen volles, 4 Wochen halbes Entgelt pro Arbeitsjahr	8 Wochen volles Entgelt pro Anlassfall
im 2. bis 15. Dienstjahr	8 Wochen volles, 4 Wochen halbes Entgelt pro Arbeitsjahr	8 Wochen volles Entgelt pro Anlassfall
im 16. bis 25. Dienstjahr	10 Wochen volles, 4 Wochen halbes Entgelt pro Arbeitsjahr	10 Wochen volles Entgelt pro Anlassfall
im 26. Dienstjahr und darüber	12 Wochen volles, 4 Wochen halbes Entgelt pro Arbeitsjahr	10 Wochen volles Entgelt pro Anlassfall



So war „Wie soll Arbeit?“

Dialogkampagne der Arbeiterkammer und des ÖGB

Wie sehen ArbeitnehmerInnen die Zukunft der Arbeitswelt? Was sind ihre Erwartungen, Sorgen und Anliegen? Wie denken sie über die Arbeiterkammer und ihre Leistungen? Um Antworten auf diese Fragen zu erhalten, haben Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund die Initiative „Wie soll Arbeit?“ ins Leben gerufen. Von Anfang März bis Ende Mai 2018 wurde ein Dialog geführt – über

Fragekarten, via Homepage, bei Betriebsbesuchen, Aktionstagen, Großveranstaltungen und in den sozialen Medien. In diesen drei Monaten fanden 3.791 Aktionen statt, an denen sich 1,09 Millionen Menschen beteiligten und ihre Anliegen formuliert haben. „Wie soll Arbeit?“ ist somit der größte Dialog über die Zukunft unserer Arbeitswelt, den Österreich je gesehen hat.

Behandelt wurden sieben Fragen – und hier sind die Antworten der ArbeitnehmerInnen:



Sehr empfindlich reagieren die Beschäftigten auf Lohn- und Sozialdumping. Während 92 Prozent der ArbeitnehmerInnen, die mitgemacht haben, für härtere Strafen bei Lohn- und Sozialdumping sind, überlegt die Regierung gerade das Kumulationsprinzip abzuschaffen.

Nein zum 12-Stunden-Tag!

Eine klare Haltung haben die AK-Mitglieder auch zum 12-Stunden-Tag. Hier ist die Ablehnung mit 88 Prozent ebenfalls hoch. Bestellt hat den 12-Stunden-Tag die Industriellenvereinigung und Bundeskanzler Sebastian Kurz hat, wie vor Wirtschaftsbossen bereits mehrfach angekündigt, nun eine entsprechende gesetzliche Lösung präsentiert. Gewerkschaft und AK bleiben allerdings bei ihrer Haltung: kein genereller 12-Stunden-Tag, keine generelle 60-Stunden-Woche, sondern Arbeitszeitverkürzung (etwa in Form einer 6. Urlaubswoche für alle).

Die Kampagne „Wie soll Arbeit?“ hat außerdem deutlich gemacht, dass die ArbeitnehmerInnen das Serviceangebot der AK sehr schätzen, wie diese Grafik zeigt:



AK-Präsidentin Renate Anderl beim „Tag des Dialogs“ in der AK.

Und wie geht es jetzt weiter?

„Die von der Regierung geforderten Einsparungen sind reiner Etikettenschwindel. In Wahrheit geht es nur um das Schwächen der Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen“, betonte Erich Foglar bei einem seiner letzten Auftritte als ÖGB-Präsident. AK-Präsidentin Renate Anderl präsentierte der Regierung ein Konzept zur Effizienzsteigerung. Künftig wird die AK, die gerade an einem Zukunftsprogramm arbeitet, noch mehr Service fürs gleiche Geld anbieten. Das geschieht etwa in Form einer 150 Millionen Euro schweren Digitalisierungsoffensive für ArbeitnehmerInnen, durch Unterstützung, um sich gegen die „Schattenseiten“ der Digitalisierung – also Datenschutzverletzungen und Onlineabzocke – zu wehren, oder mit Beratungen zu Pflegegeld in ganz Österreich.



© ÖBBNÖ

21x Tag der offenen Tür

Endspurt der Dialogkampagne „Wie soll Arbeit?“ in Niederösterreich.

ENDE MAI STANDEN in Niederösterreich sprichwörtlich 21-mal die Türen weit offen. Im Rahmen der großen Dialogkampagne „Wie soll Arbeit?“ luden Arbeiterkammer und ÖGB Niederösterreich in allen 21 Bezirken zu einem Tag der offenen Türe ein. Das Angebot war breit gestreut und reichte von Beratungen

über Spektakel für die Kinder bis hin zu attraktiven Gewinnspielen. Die AK Niederösterreich hat vergangenes Jahr niederösterreichweit 243.000 Mitglieder beraten. In Summe konnten fast 68 Mio. Euro für die Mitglieder gesichert werden. Der Tag der offenen Türe symbolisierte den Schlusspurt der größten Di-

alogkampagne, die Arbeiterkammern und Gewerkschaften je in der Zweiten Republik durchgeführt haben. Allein in Niederösterreich ist es gelungen, Hunderttausende Kontakte zu generieren, und viele Zehntausende Antwortkarten mit ausgefüllten Dialogfeldern erreichten die Zentrale.



KOMMENTAR /// Christian Farthofer, ÖGB-Landessekretär Niederösterreich

KURZ IV: ICH VERZICHTE!



Gerhard Schröders Kanzlerschaft in Deutschland ist untrennbar mit den Hartz-IV-Gesetzen verbunden. Sie brachten für viele Hunderttausende tiefe Einschnitte in ihr Leben und viele verloren ihr gesamtes Eigentum, das sie sich ein Leben lang aufgebaut hatten. Bundeskanzler Sebastian Kurz plant nun offenbar in Österreich Ähnliches. Schon vor zwei Jahren hat Wolfgang Sobotka mit Meldungen in diese Richtung aufhorchen lassen, nun scheinen die Pläne konkret zu werden:

Das Arbeitslosengeld soll für die allermeisten deutlich gesenkt werden und die Bezugsdauer kürzer werden, danach gibt es dann keine Notstandshilfe mehr, die eine Versicherungsleistung ist, sondern man rutscht gleich in die Mindestsicherung. Die Mindestsicherung ist das allerletzte Sicherheitsnetz unseres Sozialstaates. Um sie zu erhalten, muss man fast sein gesamtes Eigentum veräußern.

Gleichzeitig jedoch plant Kurz die Kürzung der Mindestsicherung, damit will man den Abstand zum Erwerbseinkommen vergrößern. Ich halte das alles für sehr zynisch. Kaum ein Mensch bezieht freiwillig und mit

Freude Mindestsicherung. Die Pläne, die Kurz vorgestellt hat, werden die Zahl der BezieherInnen deutlich wachsen lassen. Er weiß, dass ÖGB und Arbeiterkammern dagegen mobil machen werden und greift diese daher frontal an, indem er das Herzstück der Sozialpartnerschaft und Selbstverwaltung – die Sozialversicherungen – zerschlagen will und gleichzeitig die Finanzierung der Arbeiterkammern halbieren möchte. Wie schon bei der AUIVA geht es dabei nicht um einen konkreten Nutzen für die Versicherten, sondern einzig darum, politische GegnerInnen mundtot zu machen. Auf solche Kurz-IV-Gesetze kann ich verzichten.

ARBEIT IST UNSICHTBAR

Die bisher nicht erzählte Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Arbeit.



„Das Wesentliche an der Arbeit ist unsichtbar“, schreiben Robert Misik und Harald Welzer. „Sichtbar ist der Mann an der Maschine oder die Frau an der Fertigungsstraße und das Produkt, das aus deren Arbeit entsteht. Aber wie sie sich dabei fühlen, in welche informellen Netzwerke sie eingebunden sind, was sie mit den Kolleginnen und Kollegen am Klo besprechen, all das ist unsichtbar.“

Dieses Unsichtbare sichtbar zu machen, darum geht es in der aktuellen Ausstellung im Museum Arbeitswelt und im zugehörigen Buch. Man taucht ein in die Gefühlswelt des Bergarbeiters Franz Sandtner, der 1914 als Soldat erstmals mit der Wirkung eines Maschinengewehrs konfrontiert wurde und in sein Kriegstagebuch schrieb: „Warum musste der Mensch eine solch furchtbare Maschine lediglich zur Vernichtung von Menschen erfinden?“. Man erfährt, dass die Bemühungen der Firma Shell, den Arbeitern auf ihren Ölbohrinseln die Macho-Kultur auszutreiben, zu einem 84-prozentigen Rückgang der Arbeitsunfälle geführt haben. Sichtbar wird aber auch, dass in der amerikanischen Geflügelindustrie von heute viele ArbeiterInnen Windeln tragen, weil sie keine Zeit für den Klo Gang haben. Nicht zuletzt



Ein Museumsbesucher fragt den Roboter Pepper: „Nimmst du uns die Arbeit weg?“ Pepper antwortet: „Nur, wenn ich das soll.“

werfen Ausstellung und Buch einen Blick in die Zukunft und zeigen, was uns im digitalen Zeitalter noch alles erwarten wird. Fazit: absolut empfehlenswert!

Arbeit ist unsichtbar. Ausstellung
Kuratiert von Harald Welzer und Robert Misik
4. Mai bis 23. Dezember 2018,
Dienstag bis Sonntag von 9 bis 17 Uhr
Museum Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, Steyr
Museum-steyr.at

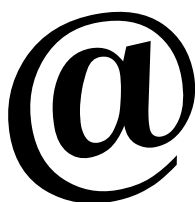
BUCH ZUR AUSSTELLUNG: ARBEIT IST UNSICHTBAR. Die bisher nicht erzählte Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Arbeit. Von Robert Misik, Christine Schörkhuber und Harald Welzer (Hg.). Picus Verlag Wien.



STADTSPAZIERGANG

„GEWERKSCHAFTLICHE FRAUEN- GESCHICHTE“ IN ZWEI STUNDEN.

Bei der Regierungsumbildung im Jahr 1979 schuf der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky (1911–1990) vier neue Staatssekretariate und besetzte sie ausschließlich mit Frauen. Somit stieg der Frauenanteil in der Regierung auf 27 Prozent an. Wer mehr erfahren möchte, findet alle wichtigen Informationen zum Thema online beim Frauenstadtspaziergang des VÖGB (Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung): <https://bit.ly/2Lc7WKR>



Mehr DATENSCHUTZ

AM 25. MAI TRAT DIE NEUE DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG IN KRAFT.

Bei jedem Schritt im Netz werden Spuren hinterlassen: Im Laufe des Arbeitslebens fallen Millionen von Daten an. Die neue Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die am 25. Mai 2018 in Kraft getreten ist, soll nun mehr Sicherheit bringen. Sie legt fest, wie personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet werden, an Dritte weitergegeben und gelöscht werden müssen. Mehr Informationen zur DSGVO finden Sie unter <https://bit.ly/2M26U4T> und <https://bit.ly/2LXvfZE>.



PFLICHTPRAKTIKUM

VIELE SCHÜLERINNEN UM IHRE RECHTE BETROGEN.

Wer von der Schule aus ein Praktikum machen muss, lernt oft die Schattenseite der Arbeitswelt kennen. Denn: PraktikantInnen sind nach wie vor mit Gratisarbeit, fehlenden Arbeitsverträgen und Lohnzetteln sowie Tätigkeiten, die mit der Ausbildung nichts zu tun haben, konfrontiert. Das zeigt eine aktuelle Befragung von über 2.000 SchülerInnen. Mehr Informationen und viele hilfreiche Tipps gibt es online unter <https://bit.ly/2K7iGC>.



DIGITAL AM BAU

BERUF(UNG): BAUARBEITER

„Körperlich fit und interessiert an Teamarbeit“, nennt Hans-Peter Kraly die wichtigste Voraussetzung für den Beruf des Bauarbeiters. Seit 17 Jahren werkt der gelernte Installateur nun schon für die PORR „am Bau“. Erfreulich findet Kraly, „wennst nach fünf Jahren an einem Wohnblock vorbeifährst und dich erinnerst, wie du da auf der Baustelle gearbeitet hast“. Manchmal kehrt dann auch die eine oder andere gefährliche Situation ins Gedächtnis zurück. Generell sind die Unfälle auf den Baustellen in den vergangenen Jahrzehnten stark gesunken. Betriebsräte, Gewerkschaft Bau-Holz und AUVA (Allgemeine Unfallversicherungsanstalt) haben in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern für wichtige Verbesserungen des ArbeitnehmerInnenschutzes gesorgt. Kraly: „Si-

cherheitsschuhe, Helm und gute Arbeitskleidung sind Pflicht und werden von unserer Firma auch zur Verfügung gestellt.“ Seit vielen Jahren gibt es auch getönte Schutzbrillen und Sonnenschutzcreme. Diese schützen gegen die gefährlichen UV-Strahlen in der sommerlichen Hitze.

Inzwischen ist auch die Digitalisierung auf den Baustellen eingezogen. Wichtige Daten sind per App auf dem Smartphone abrufbar, Pläne gibt es auf dem Tablet. Die PORR ist hier Vorreiterin. Kraly: „Die Apps am Smartphone erleichtern den Arbeitsalltag. Das PORR-Wetter-Cockpit zum Beispiel warnt uns rechtzeitig vor herannahenden Unwettern und erhöht so die Arbeitssicherheit auf den Baustellen.“

© Thomas Lehmann

GRENZPENDELN IN DER REGION BURGENLAND-WESTUNGARN

Täglich pendeln **bis zu 20.000 ungarische ArbeitnehmerInnen** über die Grenze, viele von ihnen haben saisonal wechselnde Arbeitsplätze in Ungarn und in Österreich. Das bedeutet auch wechselnde Zuständigkeit für die Sozialversicherung, Besteuerung und sonstige Regelungen. „Das stellt sowohl ArbeitnehmerInnen als auch die zuständigen Behörden vor große Herausforderungen. Das Projekt „Fairwork“ soll daher helfen, die Behörden besser miteinander zu vernetzen und die Kommunikation zwischen ihnen zu fördern.

Um zu erfahren, welche Motivation diese GrenzpendlerInnen haben, hat „Fairwork“ eine Befragung durchgeführt. Befragt wurden 318 PendlerInnen mittels Fragebögen. Die Ergebnisse: 61 Prozent der Befragten pendeln täglich zu ihrem Arbeitsplatz in Österreich. Ihre Löhne und Gehälter sind etwa zwei- bis viermal höher als in einer vergleichbaren Position in Ungarn. Sie finden in Österreich ein besseres Arbeitsklima vor. Die meisten der Befragten arbeiten bereits zwischen fünf und zehn Jahre in Österreich. 71 Prozent geben an, nicht mehr in Ungarn arbeiten zu wollen.

Verstärkt zusammenarbeiten

„Die Befragten haben trotz ihrer Arbeit in Österreich ihren Lebensmittelpunkt in Ungarn. Sie vertrauen jedoch der wirtschaftlichen Situation nicht und sie glauben auch, dass sich die Lebensverhältnisse in Ungarn mittelfristig nicht an Österreich angleichen werden“, weiß Projektleiter Csaba Horváth vom ungarischen Gewerkschaftsbund.

Die unterschiedliche wirtschaftliche Situation in beiden Regionen wird die PendlerInnenbewegung auch in Zukunft begünstigen. ÖGB-Landessekretär Andreas Rotpüller abschließend: „Es ist daher wichtig, dass arbeitsmarktrelevante Behörden in beiden Ländern verstärkt zusammenarbeiten, mit dem Fokus auf die spezielle zweiseitige Lage und die Bedürfnisse der GrenzgängerInnen.“

WANN WAR WAS? ÖGB GEHT IN DIE SCHULEN



© ÖGB Burgenland

WAS IST DIE SOZIALPARTNERSCHAFT, warum ist sie wichtig und wie profitiert jede/r Einzelne von ihren Errungen-

schaften? All diese Fragen beantwortet das interaktive Spiel „Wann war was?“, das die burgenländische Historikerin Susanna Steiger-Moser für den ÖGB Burgenland entwickelt hat und das in höheren Schulen des Landes gespielt werden kann. Vorgestellt wurde das Spiel in der HAK Eisenstadt, wo bereits ein Workshop stattfand.

Unterstützt wird das Projekt vom burgenländischen Landesschulrat. Interessierte Schulen, die den Themenschwerpunkt mit dem Spiel in den Unterricht einbinden möchten, erhalten Informationen unter 02682/770-101.

MEHR GERECHTIGKEIT BEI GESUNDHEITS- UND PFLEGEBERUFEN

DIE NACHFRAGE IST GROSS, das Angebot teilweise zu gering. Gesundheits- und Pflegeberufe gewinnen stark an Bedeutung, weil die Bevölkerung immer älter wird. Doch es fehlt an gut ausgebildeten Pflegekräften. Obwohl eine gute, fundierte Ausbildung in diesem Bereich mit einer Beschäftigungsgarantie gleichzusetzen ist, entscheiden sich in Österreich zu wenige Menschen für einen Job in den Sparten Gesundheit,

Pflege und Betreuung. Bei einer Informationsveranstaltung im Rahmen der Reihe „Arbeit und Leben“ griffen Arbeiterkammer und ÖGB das Thema auf und diskutierten gemeinsam mit ExpertInnen und Betroffenen. Fazit: Die Branche braucht bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung, damit die Beschäftigten Freude an der Arbeit haben und ältere Menschen eine würdige Betreuung erhalten.

DIALOGKAMPAGNE: „WIE SOLL ARBEIT?“



© ÖGB Burgenland

ZU EINEM ERFOLGREICHEN Abschluss kam die Dialoginitiative „Wie soll Ar-

beit?“ im Burgenland. Bei zahlreichen Aktionen in allen Bezirken des Landes wurden die burgenländischen Beschäftigten darüber befragt, wie sie sich die Arbeit in Zukunft vorstellen. Fast 10.000 Männer und Frauen haben ihre Meinung abgegeben und zu Themen wie Arbeitszeit, gerechte Entlohnung, Lohn- und Sozialdumping oder soziale Gerechtigkeit Stellung genommen. Die Ergebnisse werden als Richtschnur dafür dienen, welche Themen ÖGB und Arbeiterkammer künftig „zum Thema“ machen werden.



© Fotolia / zmmedia

Urlaubstipps gegen Urlaubstief

Was tun, wenn der Urlaub nicht nach Plan verläuft? Die „Solidarität“ hat die wichtigsten Antworten.

Was ist, wenn ich im Urlaub krank werde?

Wenn man im Urlaub länger als drei Tage krank ist, wird der Urlaub durch Krankenstand ersetzt. Sie müssen daher Ihrem Arbeitgeber eine Bestätigung des Hausarztes/der Hausärztin vorlegen und ihm spätestens nach drei Tagen mitteilen, dass Sie krank sind. Befinden Sie sich im Ausland, ist die Bestätigung eines Krankenhauses notwendig. Aber Vorsicht: Der wegen Krankheit nicht verbrauchte Urlaub darf nicht einfach an den vereinbarten Urlaub angehängt werden.

Urlaub absagen? Nur einvernehmlich!

Haben Sie den Urlaub vereinbart, darf ihn der Arbeitgeber nicht einfach absagen. Ein Großauftrag für das Unternehmen ist zum Beispiel kein Grund, den Urlaub zu streichen oder zu verkürzen.

Nur bei betrieblichem Notstand, wie Hochwasser oder einem Brand, ist das möglich. Dann muss der Arbeitgeber anfallende Stornokosten übernehmen. Umgekehrt dürfen auch ArbeitnehmerInnen ihren Urlaub nicht einfach absagen, weil das Wetter schlecht ist.

Muss ich im Urlaub erreichbar sein?

Grundsätzlich nein. Im Urlaub dürfen ArbeitnehmerInnen ihr Diensthandy im Normalfall ausschalten. Sie müssen weder persönlich noch per E-Mail oder Telefon erreichbar sein. Auch der Urlaubsort muss dem Arbeitgeber nicht bekannt gegeben werden. Urlaub ist da, um einmal richtig abzuschalten.

Mein Flug verspätet sich. Was nun?

Bei einer Pauschalreise steht Ihnen bei einer Flugverspätung von mehr als vier

Stunden ein finanzieller Ersatz nach der Frankfurter Tabelle zu. In der Tabelle ist festgehalten, wie viel Prozent des Reisepreises Sie bei Pauschalreisen für einen bestimmten Mangel vom Veranstalter zurückverlangen können. Bei Linienflügen innerhalb der EU kommt die EU-Fluggast-Verordnung zur Anwendung. Hier haben Sie ab einer Verspätung von drei Stunden Anspruch auf Entschädigung. Aber nur, wenn nicht eine höhere Gewalt (z. B. schlechtes Wetter) dafür verantwortlich ist.

KONTAKT

Bei Problemen im Urlaub, die den Konsumentenschutz betreffen, hilft die Arbeiterkammer.

[www.arbeiterkammer.at/
konsumentenschutz](http://www.arbeiterkammer.at/konsumentenschutz),
Tel.: 01/501 65

Weitere Info: <http://europakonsument.at>

GOLDENER ANKER UND SCHWARZER RABE VERGEBEN

Die ÖGB-Region Donau verlieh ihre jährlichen Auszeichnungen



Hermann Kühtreiber, Walter Zehetner, Johann Kornhofer, Rudolf Kernstock, Werksleiter Alexander Liska, Franz Gansch, Georg Schmölz, Rene Strametz (v. l. n. r.)

Der „Schwarze Rabe“ landete für besonders negativen Umgang mit den MitarbeiterInnen bei Harry's Taxi Westermayer KG im Bezirk Tulln. Der „Goldene Anker“ ging an die Donau Chemie, im Besonderen an Werksleiter Dr. Alexander Liska. Dieses Unternehmen zeichnete sich durch die innerbetrieblich gelebte Sozialpartnerschaft in Form eines Betriebsrates, einer qualifizierten Lehrlingsausbildung und eines wertschätzenden und respektvollen Umgangs mit den MitarbeiterInnen aus.

Vorbild für andere

Die Auszeichnung ist ein Beleg dafür, dass ein funktionierendes Gefüge zwischen Werksleitung und Beschäftigten einen Erfolg für alle im Betrieb darstellt. Zugleich soll es Beispiel für andere sein, einen solchen Umgang mit der Belegschaft zu pflegen. Der Preis selbst wird im 3-D-Druckverfahren hergestellt und auf Waldviertler Granit befestigt, er symbolisiert Sicherheit und Verlässlichkeit in einem Betrieb.

DATENSCHUTZ

Im Zuge einer ÖGB-Regionalvorstandssitzung in der AK-Bezirksstelle Waidhofen/Thaya fand ein Vortrag für BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen zur neuen Datenschutz-Grundverordnung statt. Der Datenschutzexperte Thomas Riesenecker-Caba von der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) erläuterte die Bestimmungen im Betrieb.

SOMMERKINO & MOOREBEATS

DIE SOMMEREVENTS DER ÖGJ im Waldviertel stehen ganz im Zeichen von #JVRbleibt. Heuer haben sich die Waldviertler Jugendvertrauensräte etwas ganz Besonderes einfallen lassen: Neben dem traditionellen AK Young/ÖGJ-Open-Air-Kino, das am 22. Juni 2018 bereits zum vierten Mal im Moorbad Schrems über die Bühne läuft, gibt es am darauffolgenden Nachmittag erstmalig die Musik- und Sportveranstaltung „Moorebeats“.

#JVRbleibt

Nach den jüngsten Angriffen seitens der Bundesregierung, Jugendvertrauensräte abschaffen zu wollen, steht das Sommer-Jugendevent ganz im Zeichen von #JVRbleibt. Auch die Waldviertler Jugendvertrauensräte sind sich einig und fordern: Jugend verdient Respekt! Alle Infos zu den Sommerevents:

www.oegb-waldviertel.at/de/



© ÖGB NÖ (2)



LEHRBRIEFE AN FACHARBEITER ÜBERGEBEN



Amtsdirktor RR Ing. Gerhard Mayerhofer, Markus Wieser, Dienststellenausschussvorsitzender Vizeleutnant Thomas Pribasnig, Wolfgang Rafetseder, Erich Foglar, Dennis Auer (Luftfahrzeugtechniker), Moritz Christoph Hopp (Luftfahrzeugtechniker), Oberstleutnant dG Reinhard Kraft

BEIM REGIONALTAG besuchte der ehemalige ÖGB-Präsident Erich Foglar unter anderem den Fliegerhorst Brumowski im niederösterreichischen Langenlebarn. Diese Einrichtung des österreichischen Bundesheeres beschäftigt rund 1.200 Menschen und ist für die Tullner Region ein enormer Wirtschaftsfaktor. Garnisonskommandant Oberst Wolfgang Rafetseder führte Foglar und den ÖGB-Landes-

vorsitzenden und AKNÖ-Präsidenten Markus Wieser durch den gesamten Fliegerhorst, der sich über eine Fläche von vier Quadratkilometern ausdehnt.

Eindrucksvoll wurden der Flugsimulator, die Black Hawks, die Werft sowie die am Fliegerhorst stationierten Luftfahrzeuge präsentiert. Nach der Besichtigung übergab Foglar Lehrbriefe an zwei junge Facharbeiter.

FINANZIELL ENTSPANNT BLEIBEN DURCH EXTRAPOLSTER.



Die KreditBox Schnell mit Extrapolster:
Bis zu € 10.000 extra für Ihre Träume.

Mitten im Leben.
www.bawagpsk.com



Positive Bonitätsprüfung vorausgesetzt

INKL.
GEWINN-
SPIEL

OPER
BURG
GARS

OPER BURG GARS

**EXPLOSIV UND DRAMATISCH –
PUCCINI'S TOSCA!**

Große Oper, Politdrama, Psychothriller und die bitterste Lovestory der Musikgeschichte – der Sommer in der Oper Burg Gars heißt TOSCA. Das Drama um Floria Tosca und ihren geliebten Mario Cavaradossi, der zum Spielball des skrupellosen Polizeichefs Scarpia wird, berührt und fasziniert seit fast 120 Jahren.

Vom 12. Juli bis 4. August 2018 ist die Oper in ihrer besten und dramatischsten Form in der Burg Gars zu sehen. Mehr Informationen, alle Termine sowie die Möglichkeit, Karten online zu kaufen, finden Sie unter www.burg-gars.at.

Die „Solidarität“ verlost 2x2 Karten für die Oper „Tosca“. Einfach beim Gewinnspiel auf Seite 23 mitmachen! Außerdem gibt es **10 % Ermäßigung** für ÖGB-Mitglieder bei der Kartenstelle des ÖGB.

KONTAKT ÖGB-KARTENSTELLE

<http://kartenstelle.oegb.at>

Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi: 9 bis 16 Uhr;
Do: 9 bis 18 Uhr; Fr: 9 bis 13 Uhr.
Tel.: 01/534 44-39675, 39677, 39679,
Adresse: Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
E-Mail: ticketservice@oegb.at

Bei der Kartenbestellung bitte Ihre
Gewerkschaftsmitgliedschaft nachweisen.



MUSICAL: BODYGUARD

**AB SEPTEMBER ERSTMALS IN
ÖSTERREICH**

Erleben Sie die Musical-Fassung des international erfolgreichen Kino-Blockbusters in einer aufwendigen deutschsprachigen Inszenierung, mit spektakulären Choreografien und den weltbekannten, in englischer Sprache gesungenen Songs des vielfach ausgezeichneten Filmsoundtracks. Tauchen Sie ein in die packende Liebesgeschichte um Superstar Rachel Marron und ihren Bodyguard Frank Farmer und genießen Sie einen spannenden Theaterabend mit Songs wie „One Moment in Time“, „I Have Nothing“, „I Wanna Dance With Somebody“ und einer der größten Balladen aller Zeiten: „I Will Always Love You“.

+++ ÖGB-SPEZIALERMÄSSIGUNG +++

- ♦ für alle Termine vom 30. September bis 7. November 2018
- ♦ buchbar bis 31. August 2018 in den Kategorien A bis D über die ÖGB-Kartenstelle

SICHTBAR, BUNT UND POLITISCH

Love, Respect and Solidarity – unter diesem Motto fand die Vienna Pride 2018

statt. Der Höhepunkt des zweiwöchigen Festivals war die Regenbogenparade, an der auch VertreterInnen der Gewerkschaft teilnahmen und damit ein starkes Zeichen für eine Kultur der Solidarität, Akzeptanz und Gleichberechtigung setzten. Der ÖGB engagiert sich aber auch außerhalb der Regenbogenparade für Diversität, Achtung der menschlichen Würde und Respekt. „Vielfalt in der Arbeitswelt ist der Garant für Unternehmenserfolg und ein gutes Arbeitsklima“, so Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Beim 19. ÖGB-Bundeskongress wurden Forderungen und Positionen zu LSBTIQ beschlossen. www.bundeskongress.at



MEIN 
FÜR EIN SOZIALES
ÖSTERREICH

KAMPAGNE

**MEIN HERZ FÜR EIN SOZIALES
ÖSTERREICH**

Österreich hat eines der am besten funktionierenden Sozialsysteme der Welt. Jede/r ÖsterreicherIn kann sich heute sicher sein, dass sie/er im Ernstfall gut versorgt ist. Die österreichische Bundesregierung will das aber ohne Plan und breite öffentliche Diskussion ändern.

Die GPA-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier) hat daher gemeinsam mit der Gewerkschaft vida die Kampagne „Mein Herz für ein soziales Österreich“ gestartet. Alle ÖsterreicherInnen werden aufgefordert, sich aktiv in diese Kampagne einzubringen.

Unter www.herzfuersozaiales.at finden Sie mehr Informationen und Unterstützungsmöglichkeiten.

1.692,-***

799,-

SIE SPAREN
52%



BOXSPRINGBETT „NENA“.
Stoffbezug rot. Liegefläche 140 x 200 cm. Box Bonellfederkern. Inkl. 5-Zonen Taschenfederkernmatratze. Füße Chromfarbig. Topper, Beimöbel, Kissen und Tagesdecke gegen Aufpreis. (23218771)



Gültig 25.6. bis 11.8.2018/AT9434. Gültig in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern. Solange der Vorrat reicht. Stappreise *** sind unverb. Hersteller-Preiseempf. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. Symbolfoto.

kika.at | leiner.at



MITGLIEDERRABATT

7,5%¹⁾

AUF IHREN
EINKAUF

Ausgenommen alle Werbe- und Aktionsartikel aus unseren aktuellen Prospekten.

1) Gültig bis 29.9.2018 in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern in Österreich. Vom bisherigen Verkaufspreis. Gilt nur für Neuaufträge und ist nicht mit anderen Aktionen kumulierbar. Ausgenommen Werbe- und Aktionsware, Warengutscheine, Dauertiefpreise, Serviceleistungen, Bücher, Elektrogeräte/Zubehör und Lebensmittel. **Der Vorweis der ÖGB-Card bzw. der Gewerkschaften ist unbedingt vor dem Verkaufsgespräch dem Einrichtungsberater vorzulegen.** Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler.

RESTAURANT

Täglich frisch gekocht!

GUTSCHEIN

Gültig von Mo. 25.6. bis Sa. 11.8.2018



4,80*
2,80

HEISSE LIEBE Vanilleeis mit warmen Himbeeren und Schlagobers

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei Leiner Krems. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis.

RESTAURANT

Täglich frisch gekocht!

GUTSCHEIN

Gültig von Mo. 25.6. bis Sa. 11.8.2018



3,80*
1,90

EISKAFFEE mit Vanilleeis und Schlagobers

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis.



Miso-Risotto mit Pilzen – italienisch-japanische Fusion-Küche

von Florian Kräfner

Zutaten (für zwei Portionen)

- ◆ kochendes Wasser
- ◆ Olivenöl
- ◆ 1 kleine rote Zwiebel
- ◆ 1 Knoblauchzehe
- ◆ 2 gehäufte EL rotes Miso
- ◆ 150 Gramm Risottoreis
- ◆ Reisessig
- ◆ 10 Gramm getrocknete Pilze
- ◆ 20 Gramm Butter
- ◆ Salz, (Szechuan-)Pfeffer
- ◆ evtl. gerösteter Sesam



© Florian Kräfner, Illu: Isabelle Carhoun

Miso ist so etwas wie der Suppenwürfel der Japaner. Was auch immer man kocht, mit Miso schmeckt's runder, intensiver. Ein Packerl der mittels Schimmelpilz Kōji fermentierten Sojapaste im Kühlschrank zu haben ist also immer gut. Zum Beispiel für ein ganz schnelles Notrezept: Nudeln kochen, abgießen und mit halb Butter, halb Miso vermischen. Ein paar Sesamkörner drübergestreut, fertig. Und definitiv gesünder als konservierungs-

mittelüberfrachtete Fertigsaucen. Ein bisschen aufwendiger: Risotto mit Pilzen und Miso. Wasser zum Kochen bringen. Zwiebel und Knoblauch klein schneiden. Olivenöl erhitzen, Zwiebel drei Minuten anschwitzen. Knoblauch und Miso dazugeben. Nach zwei weiteren Minuten Reis dazugeben, gut umrühren. Pilze in kleine Teile brechen, dazugeben. Mit einem Spritzer Reisessig ablöschen. Mit kochendem Wasser aufgießen,

sodass der Reis bedeckt ist. Sobald er sich am Pfannenboden anlegt, erneut aufgießen und durchrühren. So lange wiederholen, bis der Reis bissfest ist (je nach Sorte 10 bis 20 Minuten). Das Risotto sollte dann noch leicht suppig sein. Vom Ofen nehmen, kalte Butter einrühren, mit (Szechuan-)Pfeffer und Salz abschmecken (Achtung: Miso ist an sich schon sehr salzig!). Eventuell mit gerösteten Sesamsamen bestreuen, servieren.

SCHLÜSSELSZENEN, DIE ÜBER DIE GESCHICHTE ENTSCHEIDEN HABEN



Man kann Geschichte in dicken Wälzern mit vielen Zahlen erzählen. Oder wie Éric Vuillard anhand kurzer Schlüsselszenen, Anekdoten, die von entscheidenden Wendungen erzählen.

1933 kommen 24 hochrangige Industrielle zu Hitler, um über die finanzielle Unterstützung der Nationalsozialisten zu beraten. Ein unspektakuläres Treffen, aber Vuillards Nacherzählung lässt Gedanken aufkommen: Was wäre gewesen, wenn sie nicht gezahlt hätten? Vuillard: „Die größten Katastrophen kommen oft auf leisen Sohlen.“ Fünf Jahre danach, 1938: Österreichs Kanzler Schuschnigg verhandelt mit

Hitler, aber er, selbst Diktator, ist das Verhandeln nicht gewohnt: „Schuschnigg aber hat sich noch nie in jemanden hineinversetzt, hat sich höchstens das Kostüm von Dollfuß übergeworfen, nachdem er ihm jahrelang die Stiefel geleckt hatte. Sich in jemanden hineinversetzen? Er wüsste nicht, wozu! Er hatte sich weder in die

»DIE ÖSTERREICHER SCHREIEN SICH DIE SEELE AUS DEM LEIB, VERSUCHEN SICH SO GUT SIE KÖNNEN AM NAZIGRUSS ALS ZEICHEN DES WILLKOMMENS; SIE ÜBEN SCHON SEIT FÜNF JAHREN.«

verprügelten Arbeiter hineinversetzt noch in die verhafteten Gewerkschafter noch in die gefolterten Demokraten; und jetzt sollte er sich auf einmal in Untiere hineinversetzen!“ Bald danach: Österreichs Anschluss an das Deutsche Reich, bejubelt auf dem Wiener Heldenplatz.

Die Tagesordnung. Von Éric Vuillard; aus dem Französischen von Nicola Denis. Matthes & Seitz, 128 Seiten, 18,50 Euro. Bestellen: www.diefachbuchhandlung.at

Verlost werden ...

2x2 Karten für eine Vorstellung Ihrer Wahl (ausgenommen Premiere) für die Oper „Tosca“ auf der Burg Gars.

1	2	3	4	5	6	7	8

LÖSUNG BITTE EINSENDEN AN:

Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien oder gewinnspiel@oegb.at
Einsendeschluss: 11. Juli 2018

Auflösung des Rätsels Solidarität - Nr. 977

■ ■ P ■ ■ S ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
 L S F ■ S T A E R K E
 ■ T A B E S ■ R A U B
 F E D E R ■ P L A N E
 ■ Y ■ T I P I ■ B ■ N
 E R S T E ■ S O S S E
 ■ ■ T ■ ■ G A R ■ E ■
 ■ M A G E R ■ A L P L
 ■ E U R ■ O B L A T E
 ■ I S E T T A ■ E I S
 ■ S E I ■ T H E R M E
 ■ T E N D E R ■ M A N

Stadt an der Thaya, in NÖ	Abk.: Austria Presse Agentur	▼	kl. Einfamilienhaus	d. Hochgebirge betreffend	▼	französisch: Straße	von genannter Zeit an	Sitzplatzgruppe in der Bahn	Abk.: Allgem. Betriebserlaubnis	flache Schale als Essgeschirr
▶	▼	○ ₂	Beetbestellung mit Keimgut	▶	▼		▼	▼	▼	▼
Austernprodukt	▶				○ ₅	eine der Gezeiten langsam	▶	○ ₈		
▶	○ ₆		Getreideacker		Überschrift	▶			○ ₉	
Niederschlag	Winter-sportplätze Großvater bei „Heidi“	▶	▼				○ ₁₁			Geschwätz, Klatsch
▶					Eiterkanal (Med.)		e. Insel-europäer kurieren	▶		
Gesellschaftszimmer		Abk.: erholt; erholen		Unrichtigkeit	▶					○ ₇
Rostschutzfarbe	▶	▼			○ ₁₀			e. Mittel-europäer		Flachs
Österr. Rundfunk (Kurzf.)	▶		○ ₁	österr. Staatsmann † 1932 förmliche Anrede	▶					▼
so bald wie möglich	▶					Feldbahnwagen	▶			○ ₄
Wickeltuch für Säuglinge		Flirt, Techtelmechtel	▶	○ ₃						
▶						Wort der Ablehnung	▶			®

s1112-62

Das will die Regierung von Günter:



© ÖGB Kommunikator

JEDE*R
UNTER-
SCHREIBT!

www.jvrbleibt.at

**Wir kämpfen mit dir
für die Interessen
von Jugendlichen!**

Warum unterschreiben?

- *Die Regierung will den Jugendvertrauensrat – die Stimme der Jugendlichen im Betrieb – ersatzlos streichen.*
- *Das Erfolgsmodell „Jugendliche vertreten Jugendliche“ soll damit abgeschafft und durch „Erwachsene bestimmen über Jugendliche“ ersetzt werden.*
- *Es braucht einen Ausbau demokratischer Instrumente im unmittelbaren Lebensumfeld der Jugendlichen, keine Einschränkung.*

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank